Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.

Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 51. Sonnabend den 20. Februar 1886. 80. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 21. Februar, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Ausschreibung.

Für den **Erweiterungsbau der Stadtwasserkunst zu Leipzig** sind zu liefern:

10,450 laufende Meter gußeiserne Muffenröhren von 800 Millimeter lichtem Durchmesser nach den Normalien des Vereins deutscher Ingenieure ꝛc., die eine Hälfte mit 17 Millimeter, die andere mit 21 Millimeter Wandstärke, und

527 Doppelcentner zugehörigen Formgusses.

Lieferungsbedingungen verabfolgt gegen Vergütung von 1 ℳ pro Stück das Baubüreau für Erweiterung der Stadtwasserkunst zu Leipzig, Thomaskirchhof 18, wo auch sonstige Auskunft ertheilt wird.

Schlußtermin für Abgabe von Angeboten ist der 6. März dieses Jahres Vormittags 10 Uhr.

Leipzig, den 6. Februar 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gringmuth, Assessor.

Verkauf

von Bauplätzen des Baublocks I. des ehemal. fiscalischen Holzhofs und Kohlenbahnhofs.

Die der Stadtgemeinde gehörigen, an der **Zeitzer Straße, Körnerstraße**, dem **Körnerplatz** und der **Elisenstraße** gelegenen **Bauplätze Nr. 1, 4, 6—18** des Parzellirungsplanes für obigen Baublock bieten wir hiermit **zum freihändigen Verkaufe** aus.

Der **Parzellirungsplan** und die **Verkaufsbedingungen** liegen **auf dem Rathhaussaale I. Etage** zur Einsichtnahme aus und es werden davon Exemplare ebendaselbst in der Sportelcasse I., Zimmer Nr. 2, gegen Bezahlung von 1 ℳ 25 ₰ abgegeben.

Leipzig, den 10. Februar 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Wiesenverpachtung.

Die der Stadtgemeinde gehörigen Wiesen

in der Stadtflur

1) 6 Ack. 254 □R. — 3 Hekt. 78.91 Ar **Abth. 4 der Pfingstwiesen** an der Lindenauer Chaussee beim Kuhthurme,

in der Flur Connewitz

2) 3 Ack. 189 □R. — 2 Hekt. 00.89 Ar **Abth. 19 der Connewitzer Bauerwiesen,**

in der Flur Leutzsch

3) 6 Ack. 93 □R. — 3 Hekt. 49.20 Ar **sog. Sechs Acker hinter dem Hasenholze**

sollen auf die **neun Jahre 1886 bis mit 1894 zur Gras-, Heu- und Grummetnutzung**, mit Ausschluß jeder anderen Benutzungsweise,

Dienstag, den 2. März d. J., Vormittags 11 Uhr,

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an die **Meistbietenden** anderweit **verpachtet** werden.

Die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen, sowie die betreffenden Situationspläne liegen in der Expedition unserer Oekonomie-Inspection im Alten Johannishospitale, Johannisplatz Nr. 9, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 16. Februar 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Realgymnasium zu Leipzig.

Donnerstag, den 25. Februar 1886, Vormittags 8 Uhr: Aufnahmeprüfung. Giesel.

Bei dem jetzt beginnenden Bau einer neuen großen **Bürgerschule** hier findet ein in der Leitung größerer **Bauten**, insbesondere von Schulbauten schon **praktisch** erfahrener und bewährter Architekt als **Bauführer** etwa auf die voraussichtliche Dauer **von zwei Jahren** gegen Bezahlung von 6 ℳ Diäten pro Tag und mit Vorbehalt beiderseitiger, noch zu vereinbarender Kündigung **alsbald** Beschäftigung.

Bewerber, welche bei größeren Bauten, insbesondere bei Schulbauten schon thätig gewesen und genügende Erfahrung im Werkstreiben, in Aufstellung von Anschlägen, im Zeichnen, sowie vor Allem **praktische Erfahrung in der Bauleitung** besitzen und welche **alsbald hier eintreten** können, mögen sich **schleunigst** unter Einreichung ihrer Zeugnisse über ihre bisherigen Beschäftigungen und Leistungen bei der unterzeichneten Behörde hier melden.

Die Auswahl unter den Bewerbern bewirkt das hiesige Gemeinderathscollegium.

Weimar, den 14. Februar 1886.

Der Gemeindevorstand Großh. Residenzstadt.
Der Oberbürgermeister
Pabst.

Verpachtung einer Speisewirthschaft.

Die Beköstigung von etwa 180 hiesigen Schülern für die Zeit vom 1. Juli 1886 ab, in Verbindung mit einigen Nebenleistungen, soll an einen Unternehmer vergeben werden.

Die Bedingungen liegen in hiesiger **Administration aus**, können auch gegen Erstattung der Copialien abschriftlich bezogen werden.

Versiegelte Angebote sind bis spätestens 7. März 1886 an den Rector Dr. Volkmann einzureichen. Die Eröffnung derselben erfolgt am 8. März 1886, Vormittags 11 Uhr, in einem für die Bieter öffentlichen Termine im Amtszimmer des Rectors.

Pforta bei Naumburg a/S., 17. Februar 1886.

Der Rector. Der Procurator.

Gesucht

wird der Maurer

Bruno Hermann Lindner,
geb. den 4. März 1852 in Leipzig,

welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, den 3. Februar 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Poppe.

Nichtamtlicher Theil.

Die Socialistendebatte im Reichstag.

Die Reichstagssitzung vom Donnerstag war sehr lehrreich bezüglich der wahren Sachlage der socialdemokratischen Bewegung; alle socialdemokratischen Redner haben, ohne es zu wollen, Beweise dafür erbracht, daß ihnen durch das Socialistengesetz die Erreichung der Ziele unmöglich gemacht, welche sie erstreben. Der Abgeordnete Viereck sagt: „Unsere Aufgabe ist, dem Volke klar zu machen, daß sich unsere Gesellschaftsverhältnisse zu einem früheren oder späteren Uebergang zum Gleichheitsstaate mit gemeinsamer Production zuspitzen.“ Das nennt Herr Viereck eine ideale Aufgabe, nein, das ist eine verwerfliche Aufgabe, denn sie weckt in der großen Menge Hoffnungen, welche niemals auf Erfüllung rechnen können. Was versteht Herr Viereck unter Gleichheitsstaat? Wenn er sich darunter einen Staat vorstellt, in welchem alle Staatsbürger auf gleicher Stufe stehen, so hat er einen Staat im Sinne, der niemals Gestalt gewinnen wird. Das ist ja eben das Gefährliche an der socialdemokratischen Bewegung, daß sie die wirklichen thatsächlich bestehenden Unterschiede in der menschlichen Gesellschaft ignorirt, daß sie jede Autorität, welche Alter, Erfahrung, Bildung und Abkunft begründen, verwirft und bekämpft. Mit der Theorie der Gleichheit kommt man nicht weit, und Herr Viereck wäre der Erste, der sich dagegen sträuben würde, mit dem ersten besten Handlanger bezüglich seiner Rechte und Pflichten gleichgestellt zu werden.

Das Schlimmste an solchen theoretischen Schlagwörtern, wie Gleichheitsstaat, ist, daß sie von der großen Menge ganz anders ausgelegt werden, als ihre Bedeutung es verlangt. Man frage nur irgend einen Mann aus dem Volke, was er sich unter dem Gleichheitsstaat denkt, und seine Antwort wird sicherlich lauten: Nun natürlich den Staat, in welchem Jeder gleich viel Geld zu verzehren hat. Die ganze socialdemokratische Agitation, wie sie vor Erlaß des Socialistengesetzes zu Tage getreten ist, lief darauf hinaus, solchen Vorstellungen allgemeine Verbreitung zu sichern. Jeder Mensch, der einen besseren Rock an hat, der ein Haus sein eigen nennt, oder in der Equipage fährt, wird von den Leuten, welche den Gleichheitsstaat als Ideal ansehen, als ihr natürlicher Feind betrachtet, sie nennen ihn Ausbeuter, Vertreter des Capitals; nach Ansicht der Socialdemokraten leben solche Leute vom Schweiß der Arbeiter u. s. w. Die Theorie vom Gleichheitsstaate schließt den Gegensatz von Capital und Arbeit in sich, dann kommt das eherne Lohngesetz und alle die daraus sich ergebenden socialistischen Theorien. Der gemeine Mann denkt sich die Veränderung so, daß die Capitalisten ihr Capital unter die Arbeiter vertheilen und sich selbst nur Kopfantheil zurückbehalten, Unternehmergewinn giebt es nicht, der Gesammtertrag wird unter alle Theilhaber an der Herstellung des Fabrikats gleichmäßig vertheilt. Angenommen, das wäre möglich, wie soll sich denn diese Umwälzung von Grund aus in dem gesammten menschlichen Gefüge vollziehen, auf welches doch das Verhältniß von Arbeitgeber und Arbeiter nicht anwendbar ist? Diese Fragen legen sich die Herren entweder nicht vor, oder sie beantworten sie in so radicaler Weise wie Herr Viereck, der den Beweis für die Nutzlosigkeit des Socialistengesetzes damit geführt zu haben glaubt, wenn sich ein Polizeiassessor erschießt. Wenn das Socialistengesetz es hindert, daß der großen Masse die Theorien vom Gleichheitsstaate vorgetragen werden, dann übt es schon allein dadurch eine sehr segensreiche Wirkung, denn Niemand schadet dem Gesammtinteresse mehr als Derjenige, welcher Wünsche und Hoffnungen erregt und pflegt, die niemals auf Erfüllung rechnen können.

Der Abgeordnete Frohme hat sich über die Vorgänge auf dem Friedhofe von Frankfurt a. M. bei Gelegenheit der Beerdigung eines Socialdemokraten ausgesprochen. Diese Vorgänge sind beklagenswerth, aber sie beweisen nichts gegen das Socialistengesetz. Alle menschlichen Verhältnisse sind unvollkommen, und so lange Gesetze bestehen, sind sie häufig unrichtig angewendet worden, aber für den Mißgriff eines Polizeibeamten kann doch der Gesetzgeber nicht verantwortlich gemacht werden. Die Kundgebung hätte einfach verhindert werden sollen, wie der Minister v. Puttkamer ganz richtig eingewendet hat. Mit dem Abgeordneten Singer stimmen wir vollkommen darin überein, daß die agents provocateurs die widerwärtigste Form der Polizei sind, und wir haben aus den Erklärungen des Ministers v. Puttkamer ersehen, daß er derselben Ansicht ist; wir zweifeln auch keinen Augenblick daran, daß der Fall Mahlo aufgeklärt und daß die Schuldigen eventuell strenge Bestrafung finden werden. Aber die Schlußforderung, welche Herr Singer aus dem Fall Mahlo zieht, ist unter allen Umständen falsch. Die Regierung soll mit ihren Gründen für Aufrechthaltung des Socialistengesetzes zu Ende sein und deshalb der Aufreizung der Massen bedürfen, um neue Gründe dafür beizubringen. Wir brauchen in der That keine neuen Gründe, die alten reichen vollständig aus.

Und diese bestehen darin, daß die socialdemokratische Bewegung auf den gesetzlichen Weg geleitet worden ist, daß die Socialdemokraten sich heute mit dem Bundesrath bemühen, dem Arbeiter einen wirksamen Schutz zu gewähren und seine Lage zu verbessern. Wir haben besseres Vertrauen zu den Arbeitern, wie es Herr Viereck zu haben scheint; wir glauben, daß die verständigen Arbeiter die Bestrebungen der Reichsregierung auf Verbesserung der Lage der Arbeiter mit Interesse verfolgen, und mit der Erwartung, daß sie Erfolg haben werden, und wenn sie das thun, so wird es sie auch wenig kümmern, daß die Verkündung verderblicher Lehren von Gleichmacherei nicht mehr geduldet wird. Mit Nichten ist die anarchistische Bewegung durch das Socialistengesetz hervorgerufen worden, der Anarchismus besteht nicht nur in Deutschland, wir begegnen ihm auch in Frankreich und England, wo die schrankenloseste Freiheit in Bezug auf die Meinungsäußerung und auf das Versammlungsrecht besteht. In Frankreich und England ist man bemüht, Mittel und Wege zu finden, um dem Uebel zu steuern. Eine so radicale Kammer wie die französische nimmt eine Tagesordnung an, welche die Regierung in ihrem Bestreben unterstützt, die Gesammtheit gegen anarchistische Ausschreitungen zu schützen, und wir sollten ein bewährtes Mittel, diese Bewegung niederzuhalten, aus den Händen geben?

Der Abgeordnete Bebel hat uns erzählt, daß der Polizeirath Rumpff nicht ermordet worden wäre, daß Most seine „Freiheit“ nicht herausgeben würde, sondern noch in Deutschland lebte, wenn das Socialistengesetz nicht existirte. Wir wollen annehmen, daß Herr Bebel mit diesen Behauptungen Recht hat, aber ist der ehrenwerthe Abgeordnete vielleicht im Stande, uns zu sagen, was geschehen wäre, wenn das Socialistengesetz nicht erlassen worden, wenn das Gift, welches die socialdemokratische Presse ausstreute und durch Hetzredner in großen Dosen verabfolgt wurde, weiter gewirkt hätte? Kann uns Herr Bebel darüber vielleicht Gewißheit geben? Die Herren berufen sich immer nur auf einzelne Thatsachen, durch welche gewisse Härten bei Handhabung des Socialistengesetzes dargethan werden. Obwohl diese Thatsachen noch mancher Richtigstellung bedürfen, so wollen wir dennoch annehmen, daß sie sämmtlich bewiesen wären. Damit ist aber die Nutzlosigkeit oder Schädlichkeit des Socialistengesetzes ganz und gar nicht bewiesen. Der beste Beweis für seine Nützlichkeit scheint uns darin zu liegen, daß wir seit seinem Bestehen haben ohne wesentliche Störung der gesetzlichen Ordnung fortleben können, ohne das Gesetz hätten wir wahrscheinlich ebenso schlimme Erfahrungen gemacht, wie sie Oesterreich, Frankreich und England gemacht haben.

Leipzig, 20. Februar 1886.

* Die Frage, ob der dem preußischen Herrenhause vorgelegte kirchenpolitische Gesetzentwurf von Leo XIII. als ausreichend angesehen werde, um den Kirchenstreit zu beendigen, wird lebhaft discutirt. Der römische Berichterstatter des „Hamburgischen Correspondent“ äußert sich über die Stimmung im Vatican, wie folgt: „Die Unterhandlungen, welche zwischen der Curie und der preußischen Regierung behufs gänzlicher Beilegung des Kirchenstreites schweben, sind, wie mir ein hochgestellter Prälat versichert, so gut wie beendet. Der Papst hat alle Machinationen der Centrumsmänner, welche geschmiedet wurden, um die Unterhandlungen zu stören, durchschaut, hat die Absicht gemerkt, hat sich aber dadurch erst recht bewogen gefühlt, zu zeigen, daß er sich nicht mehr von ihnen beeinflussen lassen will, so daß diesen Machinationen es eigentlich zu verdanken ist, wenn er sich der Berliner Regierung noch entgegenkommender gezeigt hat, als er vielleicht früher wollte. Die Keckheit, mit welcher die „Germania“ in einem angeblich aus Rom ihr zugegangenen Telegramm behauptete, der Papst sei über die Vorschläge der Regierung verstimmt gewesen, hat im Vatican direct verletzt, und binnen Kurzem werden die Intransigenten ausrufen: „Wehe uns Besiegten!“ Wie sehr Leo XIII. sich der Berliner Regierung entgegenkommend gezeigt hat, wird auch aus dem Umstande erhellen, daß, nachdem er mit derselben über die Wahl des deutschen Propstes Dinder zum Erzbischof von Posen-Gnesen sich geeinigt hatte, Schwierigkeiten zur Wiederbesetzung der Diöcese dadurch entstanden, daß der bescheidene geistliche Herr die ihm angebotene Ehre ausschlug, und daß er erst dieselbe annahm, nachdem ihn der Papst dazu hatte einladen lassen.“

* Die „Kölnische Zeitung“ bezeichnet nach Mittheilungen, die ihr von Rom zugehen, die Nachricht der „Germania“, der Papst habe Herrn Dr. Windthorst zu seiner Geburtsfeier den apostolischen Segen gesandt, als eine Erfindung. Wäre Dr. Windthorst wirklich vom Papste ein derartiger Beweis des Wohlwollens gegeben worden, so hätte das Windthorst'sche Leibblatt nicht einen Monat lang mit seiner Nachricht gewartet. Vielleicht sei es gelungen, in Rom das Versprechen zu erwirken, daß die Nachricht vom apostolischen Segen nicht verleugnet werde; erfunden sei die Sache aber jedenfalls.

* Das zu Ehren der Abgg. von Benda und Dr. Römer vorbereitete Festmahl der nationalliberalen Fractionen des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses muß leider wegen Unwohlseins der beiden Jubilare verschoben werden.

* Wie wir der „Posener Zeitung“ entnehmen, macht über den neuen Erzbischof Dinder in der „Gazeta Warszawska“ ein Einwohner Warschaus, welcher eine Zeit lang (1879—81) in Königsberg gewohnt hat, folgende Mittheilung: „Zur Zeit seines dortigen Aufenthalts existirte in Königsberg ein polnischer Verein, welcher aus Studirenden und anderen dort ansässigen Personen bestand. An einem für die Mitglieder denkwürdigen Tage beschlossen sie, eine Messe zu bestellen und während derselben einige religiöse polnische Lieder zu singen. Es begab sich nun eine Deputation des Vereins zu dem Propste Dinder mit der Bitte um die Erlaubniß, während der Messe polnisch zu singen. Vom Propste wurde aber diese Bitte mit der Erklärung abgeschlagen, daß dort noch nie in der Kirche polnisch gesungen worden sei, und daß dies einen übeln Eindruck auf die Deutschen machen würde. Der Verein wandte sich nun an den Bischof mit einer Beschwerde, die jedoch zurückgewiesen wurde.“ — Viel wird dadurch allerdings für die Zukunft nicht bewiesen.

* Nach vielfachen Bemühungen ist es endlich gelungen, auch die 15 schlesischen Ortsgruppen des „Allgemeinen deutschen Schulvereins“ zu einem Provinzialverbande zu vereinigen. Die Constituirung dieses Verbandes erfolgte am 14. Februar in Liegnitz, nachdem Architekt C. Gurlitt aus Dresden, der Vorsitzende des sächsischen Landesverbandes, einen Vortrag über die Bedeutung und die Ziele des Schulvereins gehalten hatte. Einstimmig wurde Breslau als Vorort gewählt und der Jahresbeitrag auf 1 ℳ festgesetzt. Die Statuten des neuen Verbandes wurden nach denen des Landesverbandes Sachsen entworfen. Die Leitung des schlesischen Provinzialverbandes werden die Professoren Korpell und Weinhold übernehmen. Hoffentlich gelingt es nunmehr, in Schlesien ein ebenso großes Interesse für die Bestrebungen des deutschen Schulvereins zu erwecken, als in Sachsen, Hessen-Nassau, Thüringen, Württemberg und anderen Ländern.

* Die Reise des Fürsten von Montenegro nach den großen europäischen Hauptstädten hat, wie er selbst bei der Abreise aus den Schwarzen Bergen seinen Unterthanen durch das Amtsblatt kund that, den Zweck, ihm Gelegenheit zu bieten, in den vorgeschrittensten Ländern Landwirthschaft, Handel und Industrie zu studiren und seine Beobachtungen in der Heimath zu verwerthen. Dies Studium hat er inzwischen betrieben. In wenigen Wochen hat er Italien von Bari aus vom Süden zum Norden durcheilt, ist dann von Marseille nach Paris gefahren, hat dort bei dem Präsidenten Grevy und dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Freycinet, die zuvorkommendste Auskunft über die neuesten Fortschritte von Handel und Wandel in Frankreich erhalten, hat auf directer Fahrt von Paris nach St. Petersburg die rheinisch-westfälische Industrie mit ihren endlosen Schloten- und Schienenreihen bewundert, an den schneebedeckten Feldern der großen Güter im Osten den Stand der Landwirthschaft kennen gelernt und ist dann als vielgefeierter Held in der russischen Hauptstadt unter dem Donner der Kanonen festlich eingezogen. Der Zar, die Großfürsten, die höchsten russischen Würdenträger im Schmucke des montenegrinischen Daniel-Ordens, eine Ehrencompagnie unter dem Befehl des Großfürsten Konstantin Konstantinowitsch erwarteten und begrüßten ihn auf dem Bahnhofe. Im Winterpalais, wo ihm die Wohnung bereitet war, und während der zwölf Tage, die er in Rußland weilte, wurde ihm fast stündlich der Beweis erbracht, daß er in der Gunst des Zaren und der Panslawisten jetzt die Beherrscher von Serbien und Bulgarien glänzend ausgestochen hat. Reich mit Schätzen und russischen Versprechungen beladen, kehrt er als hoffnungsvoller russischer Anwärter auf den nächsten im Balkan-Gebiet zur Erledigung kommenden Thron in seine Felsenheimath zurück; doch hat er nicht den Umweg über Berlin gescheut, um auch dort Landwirthschaft, Industrie und Handel zu studiren. Man wird ihm in so weit gewiß gern entgegenkommen; der Empfang des Fürsten in Berlin hat sich naturgemäß innerhalb der Grenzen des Ceremoniells bewegt, die für Besucher gleicher Kategorie daselbst üblich sind.

* Ein Redactionsmitglied der „Kreuzzeitung“ wurde am Donnerstag vom Fürsten von Montenegro empfangen. Der betreffende Bericht lautet:

In der Unterhaltung, welche der Fürst in französischer Sprache führte, gab derselbe zunächst seiner hohen Befriedigung über den überaus freundlichen Empfang Ausdruck, welcher ihm in Berlin, insbesondere von Sr. Majestät dem Kaiser und Sr. kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen — letzterer habe ihm gestern einen längeren Besuch abgestattet — zu Theil geworden sei. Se. Hoheit erwähnte dabei gleichzeitig, daß er auch mit dem Fürsten Bismarck eine Unterredung gehabt habe. Die Stadt Berlin, so habe der Fürst fort, sei ihm zwar von einem früheren Besuche her bekannt; indessen sei er überrascht durch die großartige Entwickelung, welche dieselbe seither erfahren habe.

Auf die Politik übergehend, betonte der Fürst, wie wenig die mißtrauischen Vermuthungen berechtigt seien, welche man mehrfach an seinen Aufenthalt in Petersburg zu knüpfen für gut befunden habe. Seine Beziehungen seien zu allen Mächten, insbesondere auch zu Oesterreich, die allerfreundlichsten; auch sei der Wille der europäischen Mächte, den Frieden aufrecht zu erhalten, ein so entschiedener und allgemeiner, daß für kriegerische Eventualitäten kein Raum sei. Es sei ja nicht zu leugnen, daß der Vertrag zwischen der Pforte und Bulgarien einige Punkte enthalte, an welchen die russische Regierung Anstand nehme; indessen dürfe man sich der sicheren Hoffnung hingeben, daß diese Differenzen auf dem Wege der friedlichen Verhandlungen ihren Ausgleich finden würden. Den günstigen Verlauf der Friedensverhandlungen zwischen Serbien und Bulgarien hielt Se. Hoheit für gesichert.

Der Fürst beabsichtigt alsbald von hier über Wien, wo ein längerer Aufenthalt nicht in Aussicht genommen ist, direct nach Cettinje zurückzureisen. Er erwähnte bei dieser Gelegenheit, daß ihn in seiner Heimath viel freundlicheres Wetter erwarte, als er in Berlin gefunden habe, da er von seinen Töchtern die Nachricht habe, daß sie sich mit Sonnenschirmen im Freien bewegten. Der Fürst hat eine starke Familie; wie er selbst mittheilte, sind zwei seiner Töchter in Petersburg, während vier andere und zwei Söhne bei ihm in Cettinje weilen. Letztere sind, wie der Fürst scherzhaft erzählte, schon „tüchtige Jungen“, welche jetzt mit Eifer wissenschaftlichen Studien obliegen müssen, was ihnen indessen, nach der lächelnden Miene zu urtheilen, mit welcher Se. Hoheit davon sprach, gerade wie unserer Jugend, nicht allzu große Freude zu machen scheint.

Der Fürst schloß die interessante Unterhaltung mit der Versicherung der aufrichtigen Bewunderung, welche er von dem „großen deutschen Volke“ hege.

* Aus Serajewo, der Hauptstadt des bosnischen Occupationsgebiets, wird unter dem 15. Februar berichtet:

Die Consecration des neuen Metropoliten von Serajewo hat gestern früh um 8 Uhr in feierlichster Weise stattgefunden. Dieselbe wurde durch die Bischöfe von Zwornik, Mostar und Karlstadt in Gegenwart sämmtlicher Notabilitäten und einer dichtgedrängten Menge, welche die Kirche kaum zu fassen vermochte, vollzogen. Um 10 Uhr erschien G. d. C. Baron Appel als k. k. Commissär in großer Gala in der Kirche und installirte mit Verlesung des kaiserlichen Diploms, an welche er eine schwungvolle Rede schloß, den Metropoliten, während das vor der Kirche aufgestellte Bataillon die Ehrensalven abgab und gleichzeitig die Geschütze in der Festung gelöst wurden. Nach der kirchlichen Feier fand in der Residenz des Metropoliten großer Empfang und um 2 Uhr im Casino das Festdiner statt, welchem G. d. C. Baron Appel und die Spitzen der Confessionen beiwohnten. Der Metropolit toastirte auf den Kaiser, den Landeschef und auf die Regierung. Baron Appel, Erzbischof Stadler und der mohamedanische Oberpriester begrüßten in ihren Trinksprüchen den Metropoliten. Eine schwungvolle, glänzende Rede des Bischofs Stankowitsch auf die herrschende ideale Harmonie unter den Confessionen und Religionsgesellschaften und auf die kaiserliche Armee wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Heute findet bei dem Landeschef ein Diner und bei dessen Ablaufe Baron Nikolitsch eine Soirée statt. Der gestrige Festtag verlief in bester Ordnung. Allenthalben herrschte Begeisterung und Harmonie.

* Aus Berlin vom 17. Februar wird der „Kölnischen Zeitung“ gemeldet: „Die Rückkehr der griechischen Flotte nach dem Hafen von Salamis wird als ein Zeichen gedeutet, daß Griechenland den Forderungen der Mächte nachgeben wird; es wäre sonst nicht erklärlich, weshalb die Flotte sich vom hohen Meere an einen Ort begeben haben sollte, wo sie von den vereinigten Flotten der Großmächte mit Leichtigkeit blockirt werden kann.“

* Lord Dufferin, der Vicekönig von Indien, der vor einigen Tagen in Mandalay eintraf, ist, wie gemeldet wird, ohne Säumen zu einer Entscheidung in Betreff der künftigen Regierung von Ober-Birma gelangt. Seinem Ermessen nach ist das Land noch nicht reif für eine geordnete Civilverwaltung. Die militairische Occupation des Landes wird demnach in ihrer bisherigen Art und Weise bis November fortgesetzt werden. Die Garnison wird aus 16,000 Mann britischer und indischer Truppen unter dem Oberbefehl des Generals Prendergast bestehen. Gleichzeitig soll sofort die britische Autorität im Shanlande hergestellt werden, zu